

## Spanien: Von der Diktatur zur behinderten Demokratisierung

---

*Dieter Eich, geboren 1946, Schlosser, Maschinenbauingenieur, Studium der Soziologie in Münster, promoviert über die Theorie des peripheren Staates und arbeitet im Augenblick in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand.*

Nachdem der spanische Franquismus seine Gegner zerschlagen, die demokratische Bewegung entmündigt und eingekerkert hatte, konnte er seine auf dem staatlichen Unterdrückungsapparat, seiner politischen Bewegung, der Kirche und den traditionellen Klassenverhältnissen beruhende Macht ausbauen. Die erstarrten Agrarstrukturen bildeten den Boden für die Verwurzelung einer autoritären Politik. Kapital und Arbeit wurden ideologisch zusammengefaßt, sie bildeten nach klassisch faschistoidem Muster die „nationale Gemeinschaft“. Die Ächtung durch das Ausland stärkte - entgegen der Intention - diese Strukturen, schanzte die Iberische Halbinsel in eine Autarkiewirtschaft ein. Eine Modernisierung des unterentwickelten Kapitalismus scheiterte am bestehenden politischen Machtblock.

Die Kernpunkte der Akkumulation dieser Ökonomie basierten im wesentlichen darauf, daß den spanischen Arbeitnehmern die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum im wesentlichen vorenthalten wurde. Das staatliche Lohndiktat versuchte mit einer Niedriglohnpolitik, die erst durch eine Gegenbewegung über das Existenzminimum gehoben wurde, die theoretische Vollbeschäftigung zu erreichen. Das staatliche Zwangssyndikat sollte die sich entwickelnden Widersprüche auffangen und „alle Produzierenden, Unternehmer, Arbeiter, Bauern, Studenten“ gemeinsam vertreten.

Die in Europa einsetzende Prosperitätsphase der sechziger Jahre fand in Spanien durch niedrige Löhne, geringe Steuerlast, niedrige Sozialabgaben, günstige Akku-

mulationsbedingungen ihre Entsprechung. Spanien wurde zum Fertigwarenexporteur arbeitsintensiver Produkte. In diesem Jahrzehnt wurde das Land in einen Wachstumstypus eingebunden, der sich nicht aus seiner eigenen Ökonomie heraus entwickelt hatte. Durch ein Bündel protektionistischer Maßnahmen sicherte sich der Staat die Gefolgschaft der kleinen Unternehmen. Es folgte eine sektorale Ausrichtung auf das ausländische Kapital, das die Produktion nur für den Exportbereich dynamisierte. Die Landwirtschaft verarmte weiter, aber der Wirtschaftsaufschwung zog Arbeitskräfte an und nahm ein Großteil der spanischen Landbevölkerung auf, die ohne wirtschaftliche Perspektiven war. Hier sich herausbildendes Konfliktpotential reduzierte sich durch Arbeitsemigration; anstatt die Landwirtschaft zu reformieren, wurde sie entvölkert<sup>2</sup>.

#### *Staatliche Zwangsgewerkschaft und Herausbildung der Arbeiterkommissionen*

Unter Franco war der Streik dem Aufruhr gesetzlich gleichgestellt und unterlag somit der Militärgerichtsbarkeit. Der Streikende hatte „Glück“, wenn er individuell zu hoher Haftstrafe verurteilt wurde, viele wurden ermordet. Den Präsidenten der Union General de Trabajadores, der sozialistischen Gewerkschaft Spaniens (UGT), die neben der CNT, der anarchistischen Gewerkschaft, die größte Organisation in der II. Republik war, ermordete der Geheimdienst. Ein asturischer Flügel der UGT kämpfte als Guerilla weiter gegen den Franquismus, bis das Militär ihn aufrieb. Die CNT wählte ähnliche Formen. In Frankreich baute die UGT eine Exilgewerkschaft auf, deren Büros der spanische Geheimdienst in Brand steckte. In Spanien bildeten die alten Kämpfer Geheimgewerkschaften, die aber nur lokale Aktionen durchführten und keine weitere Bedeutung erlangten<sup>3</sup>.

Um die seit 1951 einsetzende Streikbewegung für höhere Löhne nicht nur punktuell zu zerschlagen, sondern eine Politisierung zu behindern und auf die Lohn- und Unternehmenspolitik ein kontrollierendes Auge werfen zu können, entstand die staatliche Zwangsgewerkschaft. Sie war ein Fortsatz des aufgeblähten Staatsapparates, und ihre Ämter füllten die Getreuen des Franquismus aus. Gemäß seiner Ideologie suchte der Staat den Einfluß auf die Kapitalakkumulation und die Reproduktion der Arbeitskraft zu verstärken. Verhandlungen über Lohnabkommen, die Ende der fünfziger Jahre möglich wurden, nutzten die Arbeiter zu Kommissionsbildungen auf Betriebsebene aus. Sie stärkten ihren Einfluß in den Zwangsgewerkschaften, indem sie gezielt die wenigen Wahlfunktionen besetzten. Der zunächst temporäre Charakter dieser Comisiones (CCOO) drückte die spontanen ökonomi-

---

1 Vgl. zur Situation der spanischen Landbevölkerung: Berger/Hefler/Kavemann: Brot für heute, Hunger für morgen, Landarbeiter in Südspanien, Frankfurt 1978.

2 Zur Arbeitsemigration weitergehend: S. Mancho, Emigracion y desarrollo espanol, Instituto Espafiol de Emigracion, Madrid 1978.

3 Historia de la UGT, 2 Bde., Madrid 1979. Auf die große Tradition der UGT einzugehen ist hier nicht möglich. Sie wurde 1888 durch Mitglieder der sozialistischen Partei PSOE begründet. Vgl. ferner: Sheelagh Ellwood, The Working Class under the Franco Regime, in: Paul Preston (Hrsg.), Spain in Crisis, London 1973, S. 170-180.

schen, später auch die politischen Bedürfnisse der Belegschaft aus. Erfolgreiche Streiks festigten die CCOO weiter.

In Asturien, im Baskenland und in Katalonien gewannen sie schnell an Einfluß. Auf dieser Stufe verwirklichten sie ein basisdemokratisches Räteprinzip, unabhängig von politischen Parteien, und förderten die Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung. Erst nach dieser regionalen Festigung traten erste Anzeichen einer nationalen Bewegung auf, auf die nun die spanische KP wesentlichen Einfluß zu nehmen versuchte. Die KP hatte ihre geheime Gewerkschaftsorganisation aufgelöst und ihre Mitglieder in die CCOO geschickt. Als organisatorisch erfahrene Gruppierung, mit einer durch die Partei aufgebauten geheimen Infrastruktur übernahm die KP schnell die politische Führung in der Bewegung und versuchte, eine Zentralisierung einzuleiten. Die CCOO veränderte so ihre Grundkonzeption. Als die Schlagkraft der CCOO gewachsen war, erklärte sie der Staat für illegal. Das nutzte wenig, zumal die Unternehmer wegen der Stärke der CCOO in den Betrieben auf diesen Verhandlungspartner nicht mehr verzichten konnten.

### *Weltweite Rezession und Rückwirkung auf Spanien*

Die weltweit einsetzende Rezession der siebziger Jahre zerlegte auch das sogenannte spanische Wirtschaftswunder in seine Bestandteile, zeigte es als eine moderne Karosserie auf altem Chassis und ohne eigenen Motor. Das es keine Entwicklungspolitik gegeben hatte, die ausländisches Kapital für die eigene Volkswirtschaft planvoll eingesetzt hätte, kam es zum Zusammenbruch. Der Staat hatte nur im Rohstoffbereich investiert und seiner Holding INI auch verlustbringende Unternehmen angegliedert, um Streiks und Stilllegungen einzudämmen. In gewinnbringenden Sektoren war der Staat nur als Bürge ausländischen Kapitals aufgetreten. Die INI, personell ausschließlich mit Anhängern des Regimes besetzt, war zu einem schwerfälligen Kreditverteiler geworden, der auf die neue Situation nicht reagieren konnte. Die Krise schob die Preissteigerungsrate auf über 33 Prozent, das staatliche Lohnsystem wollte die Last auf die Arbeiter verteilen, Reallohnverluste nahmen sprunghaft zu. Die Streiks, die nun einsetzten, nahmen eine neue Qualität an, sie politisierten sich und schwappten über die Betriebsmauern in die anliegenden Städte. Vigor und Pamplona waren neben der Werft „El Ferrol“ in Galicien nur einige markante Beispiele dieser neuen Phase.

Der Exporteinbruch griff die Währungsreserven an, und die zurückkehrenden Arbeitsemigranten, die das Kapital in Europa einfach wieder freisetzte, glichen nicht mehr, wie vorher, mit Geldüberweisungen an ihre Familien die spanische Zahlungsbilanz aus. Die arbeitsintensiven Exportbereiche Spaniens konnten mittlerweile den durch das Kapital entwickelten „freien Produktionszonen“ der Welt, in denen die Arbeitskräfte für Hungerlöhne produzieren, keine Konkurrenz mehr machen. Die modernisierungswillige nationale Kapitalfraktion drängte auf einen

verstärkten Ausbau der Wirtschaft, der sich auf eine konsumfähige Nachfrage stützen sollte. Eine Strukturveränderung war unumgänglich, aber das autoritäre System war dazu nicht in der Lage.

### *Systemkrise und „kontrollierte Öffnung“*

Wenn im folgenden die Schritte der demokratischen Öffnung des politischen Systems, im Wechselverhältnis zur ökonomischen Entwicklung und der Reaktion der Arbeiterbewegung in ihrem realen historischen Ablauf miteinander verbunden werden, so trennen wir die Phase bis zum Sozialpakt von Moncloa (1977) von der darauffolgenden Entwicklung. In der Darstellung wird dadurch die Dialektik zwischen politisch herrschendem Staatsapparat und der reagierenden Arbeiterbewegung deutlich.

Die spanischen Regionen - Spanien ist ein Einheitsstaat mit drei Nationalitäten und vier Sprachen - waren es satt, dem spanischen Zentralismus weiter ihre Reichtümer ohne modernisierende Gegenleistung bereitzustellen, und forderten die Autonomie. Im Staatsapparat selbst hatte sich eine technokratische Fraktion des Opus Dei<sup>4</sup> herausgebildet, die behutsam auf Veränderungen insistierte, um das Gesamtsystem nicht zu gefährden. Eine „kontrollierte Öffnung“ sollte stabilisierende Wirkung haben und die herrschende Ordnung nicht in Frage stellen. Gesucht wurde die vermittelnde Instanz des Übergangs, die auch als Repräsentant des Regimes in gewissem Sinne Kontinuität versprach, vom Militär wie der Rechten gestützt wurde, und zugleich den notwendigen Prozeß einleiten konnte. Die konstitutionelle Monarchie war der anerkannte Puffer und Vermittler. Nach Francos Tod konnte der Übergang auch personell beginnen. Parteien wurden schrittweise zugelassen, die Rechte wurde dabei tatkräftig unterstützt, die Linke in ihrem Aufbau behindert. Trotz einer staatlich gelenkten Gruselbildkampagne trug die Linke bei den ersten Wahlen nach vierzigjähriger Unterdrückung einen überwältigenden Sieg davon. Den Machthabern stand nun fast die Hälfte der zur Wahl gegangenen Bevölkerung gegenüber, die eine tiefgreifende Veränderung wollte. Von den Arbeitern erhielt die spanische Linke fast drei Viertel der abgegebenen Stimmen.

Ein Ausweg aus der sich ständig verschärfenden Krise über den Weltmarkt war unmöglich geworden. Eine verstärkte Verlagerung auf den europäischen Einzugsbereich scheiterte an der gesamteuropäischen Rezession. Spanien mußte den Aufbau einer national ausreichenden Konsumtionskraft mit nur tendenziell auf den Weltmarkt ausgerichteten Sektoren vorantreiben. Ein solches Programm erforderte zunächst die Stabilisierung der gesamten gesellschaftlichen Lage. Das geschah im Sozialpakt von Moncloa.

---

<sup>4</sup> Zu dem großen Einfluß dieses konservativen reaktionären katholischen Laienordens in die gesamte politische und ökonomische Struktur siehe: J. Ynfante: *La prodigiosa Aventura del Opus Dei, Genesis y Desarrollo de la Santa Mafia*, Paris 1970.

Der Moncloa-Pakt aus dem Jahre 1977 ist ein klassischer Stabilitätspakt zwischen dem industriellen Kapital und den politischen Parteien, die hier die spanische Arbeiterbewegung vertraten. Es ist ein festumrissener politischer Rahmen für die demokratische „Öffnung“, begleitet von einem Verzichtprogramm der daran beteiligten Parteien. Diese Übereinkunft sollte die politische Reform sozial absichern. Den Arbeitnehmern wurde hierfür das Recht auf Organisierung, Streik und Verhandlungen zugesichert. Ferner vereinbarte man die Rückgabe des historischen Eigentums der spanischen Gewerkschaften, das sich der Staat nach dem Krieg angeeignet hatte, und des Fonds, der von der Mitgliedschaft in den Zwangsgewerkschaften gebildet worden war. Eine Geld-Preis-Lohn-Politik mit sehr restriktivem Charakter begleitet den Pakt ökonomisch, um zunächst die hohe Inflation zu bremsen<sup>5</sup>. Die ungünstige Handelsbilanzentwicklung verbesserte sich zwar zeitweilig, unterstützt von spanischem Importrückgang<sup>6</sup>; die Restriktionspolitik dämmte auch die inflationäre Tendenz ein. Was sich aber wider Erwarten zeigte, war: Das Investitionsklima blieb unverändert schlecht, die Arbeitslosigkeit stieg weiter drastisch an.

#### *Gewerkschaften und Demokratisierungsprozeß*

In der Programmatik der spanischen Gewerkschaften ist seit 1975 ein deutlicher politischer Wechsel zu verzeichnen. Das bis dahin erklärte Ziel, die ökonomische Krise für eine radikale gesellschaftliche Änderung zu nutzen, trat nun zurück hinter einer Stützung der notwendigen Demokratisierung und der Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozeß. Das politische Bewußtsein der spanischen Arbeiter in der Krisensituation und die an den Traditionen der II. Republik ausgerichteten Strategie der Linken hatten sich auseinanderentwickelt. Die Diskussion zwischen Gewerkschaften und Unternehmen brauchte neue Grundlagen. Auch eine Verständigung über den Neuaufbau der Gewerkschaften war nötig geworden. Ging bis dahin die Bewegung von einer lokalen Initiative aus, so mußte jetzt ein Konzept für eine Vereinheitlichung und Zentralisierung, Voraussetzung einer wirksamen Interessenvertretung unter den neuen Bedingungen, gefunden werden. Dringend war auch ein Zusammengehen von Parteien und Unternehmerverband gegen die ständige Intervention des alten Überbaus, insbesondere des Militärs, das vor einem Eingreifen bei zu starker Linksentwicklung nicht zurückschreckte<sup>7</sup>.

Zur Festigung der eigenen Position zog die UCD die Legalisierung der Gewerkschaften so lange wie möglich hinaus und erhielt zunächst das alte Zwangssyndikat aufrecht, um keinen abrupten Bruch zu verursachen<sup>8</sup>.

5 Vgl. V. Perez Dias: Orientaciones políticas de los Obreros españoles, Madrid 1979, S. 50-54.

6 Ausführlicher Bericht in: Banco Nacional de Comercio Exterior, vol. 27, Nr. 7, 1977/837. Das Defizit betrug 1976 4,2 Milliarden US-Dollar, 1977 ging es auf 3,8 Milliarden zurück.

7 Die Präsenz des „ancien regime“ ist im spanischen Staatsapparat ungebrochen. Zum spanischen Militär gibt Diez Alegria: Ejercito y Sociedad, Madrid 1972, eine Einschätzung, vgl. auch L. Maier: Immer noch „Festung“ des franquistischen Regimes? Sozialstruktur und Selbstverständnis des spanischen Militärs im Wandel, Landeszentrale für politische Bildung, 27. Jg., H. 2, Juni 1977.

8 Zu diesem taktischen Vorgehen vgl. weitergehend: Anuario de las Relaciones Laborales en España 1977: La transición Política y los Trabajadores, S. 21-32.

*Die Gewerkschaftswahlen von 1978*

Die Gewerkschaften standen nach 40 Jahren Untergrundarbeit vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Hatten die CCOO ihre Struktur fest verankert, so war für die UGT die Schaffung einer Organisation aus dem Stand heraus notwendig. Ihre Reaktivierung war nur möglich durch eine Stützung der sozialistischen Partei Spaniens (PSOE) und den Bezug auf die große Tradition und Kampferfahrung dieser Partei. Mit kaum vorhandenen ökonomischen Mitteln, einer völlig unzureichenden Organisationsstruktur und in einem noch sehr diffusen Stadium der Legalisierung wurden die Wahlen durchgeführt.

Das Ergebnis war überraschend. Die als sozialistisch oder kommunistisch ausgewiesenen Gewerkschaftsbünde erhielten zusammen zwischen 65 und 80 Prozent der Stimmen<sup>9</sup>. Die CCOO und die UGT konnten zwei Drittel der Betriebsräte in den Betrieben mit über 50 Arbeitern stellen. Die CCOO erhielten hiervon zwischen 35 und 40 Prozent, die UGT zwischen 21 und 25 Prozent; die USO, eine unabhängige sozialistische Gewerkschaft, zwischen 2 und 4 Prozent, und die CNT, die anarchistische Gewerkschaft, nur 2,5 bis 3 Prozent<sup>10</sup>.

Diese Zahlen müssen jedoch auf dem Hintergrund des niedrigen Organisationsgrades der spanischen Arbeiter gesehen werden: Wenig mehr als ein Viertel ist gewerkschaftlich organisiert, ein weiteres Fünftel sympathisiert mit einem bestimmten Gewerkschaftsbund, die anderen aber sind unorganisiert und sympathisieren auch mit keinem Bund<sup>11</sup>. Schlüsseln wir die Ergebnisse weiter auf, so zeigen sich große Unterschiede zwischen Einzelgewerkschaften und Betriebsgrößen. Die CCOO sind in den kleinen Betrieben Spaniens eindeutig in der Mehrheit, 66 Prozent ihres Anteils entfallen auf Betriebe mit weniger als 100 Arbeitnehmern, den größten Stimmenanteil erhielten sie im Bausektor (55 Prozent), den geringsten im Energiebereich (34 Prozent). Die UGT ist in den Großbetrieben eindeutig führend, in denen die Lohnquote am höchsten liegt; ihr stärkster Sektor ist die Nahrungswirtschaft; hier erhielten sie 34 Prozent der Stimmen. Hinzu kommen noch regionale Differenzierungen. Im Baskenland, um nur ein Beispiel herauszugreifen, ist der Anteil der Betriebsräte, die in keinem der großen Bünde organisiert sind, mit 30 Prozent hoch. Den besten gewerkschaftlichen Organisationsgrad weist der Bergbau mit 62 Prozent auf<sup>12</sup>.

*Das Arbeitergesetz „Estatuto del Trabajador“*

Eine Forderung der erstarkten Arbeiterbewegung war ein neues Gesetz, das die diffuse Lage des geltenden Arbeitsrechts und der Betriebsverfassung neu klären

---

<sup>9</sup> Peres: Elecciones sindicales, Afiliacion y vida sindical local de los obreros Espanoles, s. 75-105, Madrid 1980.

<sup>10</sup> Vgl. die Tabelle von Peres, a.a.O., S. 75.

<sup>11</sup> Vgl.: „Cambio“ Nr. 16, Madrid 3. 11. 1980.

<sup>12</sup> Vgl. Peres, a.a.O., S. 74-83.

sollte<sup>13</sup>. Das „Estatuto del Trabajador“, das Arbeitergesetz, war fast ein Jahr lang die Konfliktachse im neuen Kräftefeld. In ihm wurden die Rechte, Aufgaben und der Wahlmodus der betrieblichen Vertretungsorgane neu bestimmt. Die Höchst Arbeitszeit wurde auf 43 Stunden pro Woche verringert und der Urlaubsanspruch auf mindestens 23 Tage pro Jahr erweitert. Hinzu wurden eine jährliche Vergütung durch ein 13. und 14. Monatsgehalt und eine Verkürzung der Probezeit vereinbart. Der politische und ökonomische Entstehungszusammenhang dieses Gesetzes wirkte sich aber auch auf seinen Inhalt aus: Die Krise und die geringe Dialogbereitschaft zwischen Kapital und Arbeit kommen klar zum Ausdruck. Trotzdem bedurften die unterschiedlichen Interessensphären einer dringenden Legalisierung. Mit dem Gesetz wird die Möglichkeit erhöht, bei betrieblichen Krisensituationen umgehend Entlassungen vorzunehmen, die Kündigungsgründe wurden erweitert, die Abfindungen bei unrechtmäßiger Kündigung zum Teil reduziert, die Zeitverträge ausgeweitet und die Freistellung der Betriebsratsmitglieder beschnitten. Gleichzeitig koppelt das Gesetz Arbeitsrecht und Produktivitätswachstum: Die betrieblichen Arbeitnehmer werden praktisch an den produktiven Zuwachs gebunden, ja für ihn mitverantwortlich gemacht<sup>14</sup>! Die Situation der arbeitenden Frau blieb in dem Gesetz völlig unzureichend behandelt. Allein 15 000 spanische Frauen fanden 1979 nach ihrer Wöchnerinnenfreistellung in ihrem alten Betrieb keine neue Anstellung. Für die Frau existiert auch keine gesetzliche Freistellung zur beruflichen Fortbildung<sup>15</sup>. Trotzdem betrachteten die spanischen Gewerkschaften dieses Gesetz als einen Anfang, eine Basis, die verbessert werden mußte.

#### *Rahmenabkommen - „Acuerdo Marco“*

Das von der UGT zusammen mit dem spanischen Unternehmerverband im Januar 1980 unterzeichnete Rahmenabkommen „Acuerdo Marco“ (AM) schloß Verhandlungen ab, die von den großen Gewerkschaften im Dezember 1979 aufgenommen worden waren. Die CCOO unterzeichnete dieses Rahmenabkommen nicht, da es die Grenzen für die Kollektivverhandlungen für die beiden nächsten Jahre mit fest schrieb. In dem AM wurden Lohnerhöhungen zwischen 13 und 14 Prozent vereinbart<sup>16</sup>. Ein wesentlicher Vorteil besteht aber darin, daß die Lohnerhöhungen nun nicht mehr wie vorher im Verhältnis zur Inflationsrate des vorausgegangenen Jahres ausgehandelt werden, sondern nach der zu erwartenden Inflation. Die Revision des Abkommens ist zulässig, wenn eine bestimmte festgelegte Rate überschritten wird. Ferner wurde vereinbart, daß Betriebe in Krisen geringere Lohnerhöhungen aushandeln können als die im Abkommen vereinbarten.

13 Welche Gesetzeslücke damit geschlossen ist, läßt sich durch den Vergleich mit der bisherigen Arbeitsgesetzgebung in Spanien verdeutlichen. Vgl. Apuntes para un Analisis de la libertad sindical en la Constitucion Española, von Barcia, G. in: Revista de Politica Social, Nr. 124, Okt./Dez. 1979, Madrid 1980.

14 Vgl. weitergehend: El Estatuto de los Trabajadores, Texto legal del Ministerio dei Trabajo, Madrid 1980, ferner die Kommentare in: UGT, El Estatuto de los Trabajadores, Comentarios, Madrid 1980.

15 Vgl. „El Pais“, 14. 10. 1980.

16 Die durchschnittliche Lohnerhöhung betrug 1979 13,8 Prozent.

Vor Probleme sehen sich die Gewerkschaften gestellt, weil die Abmachungen zwar eine Verpflichtung zu größerer Effektivität und zur Verringerung des Fernbleibens vom Arbeitsplatz enthalten, die gewerkschaftliche Forderung nach notwendigen Investitionen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplatzsicherheit sowie nach allgemeiner medizinischer Versorgung aber nicht den gleichen Stellenwert haben. Zudem ist erwiesen, daß die Produktivitätserhöhungen der letzten Jahre die Arbeitslosigkeit erhöhten, ohne daß sich dies auf die Investitionen allgemein stimulierend auswirkte". Durch das AM werden die Gesamtarbeitsstunden jährlich um 26 Stunden gesenkt, und für 1982 wird die 40-Stunden-Woche angestrebt, mit einem Mindesturlaub von 30 Tagen. Für die betriebliche Interessenvertretung der Arbeiter war die Durchsetzung ihrer Forderung nach Kündigungsschutz der Vertrauensleute ein wesentlicher Erfolg. Als generelle Schwierigkeit des AM erwies sich die Tatsache der einseitigen Unterzeichnung durch die UGT, da sie in vielen Betrieben nicht über die gewerkschaftliche Mehrheit verfügt und nur 25 Prozent der Verhandlungskommissionen stellen konnte. Ihr fehlten die betrieblichen Funktionäre. Trotzdem schloß sie die Hälfte aller Tarifverträge ab, und das Abkommen zeigte seine positive Wirkung auch darin, daß bisherige Randsektoren der Wirtschaft, in denen das Lohnniveau sehr niedrig lag, nun etwas besser dastehen.

#### *Die spanische Gewerkschaftsbewegung heute*

Die UGT versteht sich als ein „freier, sozialistischer, klassenspezifischer und autonomer Gewerkschaftsbund" und richtet ihren Kampf auf die „Emanzipation der Arbeiterklasse" und „die Verbesserung von deren Lebensbedingungen". Politisch ist sie eng verbunden mit dem Programm und der Politik der PSOE (deren Mitglieder automatisch zur UGT gehören), organisatorisch nach industriellen und Dienstleistungssektoren, mit regionaler Gliederung, aufgebaut. Der 32. Kongreß vom April 1980 dokumentierte eine Mitgliedsstärke von knapp 1,5 Millionen und fand unter dem Motto „UGT, eine Gewerkschaftsbewegung für alle" statt.

Die UGT versteht sich nach diesem Kongreß als eine geschlossene Alternative, eine „pluralistische und offene Gewerkschaft", getreu dem „Bild der soziologischen Zusammensetzung der Arbeiterklasse" (Redondo). Es setzte sich eine Strömung durch, die sich politisch weiter öffnen will als die PSOE. Die UGT will auch für außerhalb der sozialistischen Bewegung stehende Arbeitnehmer eine Alternative werden. Vertrauensstärkend wirkte sich die Unterzeichnung des Rahmenabkommens aus. Mit ihm eroberte die UGT ein breites gewerkschaftliches Terrain, das nun mit inhaltlicher Arbeit gefüllt werden muß, um die neue Stärke zu festigen<sup>18</sup>.

---

17 Vgl. Polido, A.: *Perspektivas y Posibilidades de la economía española en los inicios de los ochenta*, in: *Comercio Exterior*, Mexico D.,F., Juni 1980, S. 541 f.

18 Vgl. UGT *Resoluciones des XXXII Congreso*, Madrid 1980.

Die CCOO als mitgliederstärkste spanische Gewerkschaft mit über 1,5 Mio. Mitgliedern entwickelten sich aus dem skizzierten autonomen basisdemokratischen Grundkonzept und sind in ihrer Konzeption und Strategie von der KP Spaniens abhängig geworden, die so über eine ihr direktes Wählerpotential weit übersteigende gesellschaftliche Grundlage verfügt. Nach Einbrüchen bei den Gewerkschaftswahlen entwickelten sie eine Alternative zur bisherigen Kampfstrategie. Sie ist mehr auf den betrieblichen Bereich bezogen und hat in der Sicherung der Arbeitsplätze ihr vorrangiges Interesse. Gerade bei den Kollektivverhandlungen versuchte die CCOO durch NichtUnterzeichnung des Rahmenabkommens AM durch eine Vielzahl von Streiks ihre höheren Forderungen durchzusetzen. Die mageren Ergebnisse bremsen aber die Kampfbereitschaft der Arbeiter, zumal wegen fehlender Streikkassen oft existentielle Bedrohungen die Folge waren.

Die neue Strategie der Comisiones zeigte sich auf dem Landeskongreß vom Oktober in Madrid. Sie verstehen sich jetzt als „pluralistische, unabhängige und einheitliche Gewerkschaft“<sup>19</sup>. Die erneute Verschiebung ihres nationalen Kongresses deutet auf erhebliche interne Probleme hin. Die Richtungskämpfe in den CCOO zwischen dem sogenannten „offiziellen“ und dem „kritischen“ Sektor paralyisierten z. B. mehrere Tage den Landeskongreß in Asturien im Oktober. Konnten sich hier Teile des „kritischen“ Sektors durchsetzen, zu dem auch die radikale außerparlamentarische Linke zählt, so ergab der Metallkongreß der CCOO in Madrid das Gegenteil. Hier unterlag der sogenannte „eurokommunistische“ Flügel dem „harten“ Flügel der KP<sup>20</sup>. Als politisch bedeutend ist die Tatsache zu werten, daß Nicolas Sartorius, der als Achsenkonstrukteur Rom-Madrid gilt, seine Funktion im Exekutivkomitee der CCOO zur Verfügung stellte, um sich „ganz der Parteiarbeit in der KP“ zu widmen. Der „harte“ Flügel konnte sich dadurch erneut verfestigen.

Die USO, die in der spanischen Arbeiterbewegung bis 1975 über großes Prestige verfügte, machte bei den derzeitigen Gewerkschaftswahlen Schlagzeilen. Und dies nicht etwa, weil sie spektakulär gewonnen hatte, sondern weil sie im Geruch steht, sich den gelben Mantel der Regierungsgewerkschaft anzuziehen<sup>21</sup>. Die USO, die sich zur Zeit des Franquismus parallel zu den CCOO herausgebildet hatte, verstand sich bis Mittel der 70er Jahre als politisch unabhängig. Nachdem sich 1977 ein großer Teil der USO zur UGT abspaltete, zerbrach der Rest mosaikartig. Ihre Politik, die nun eindeutig nach rechts driftete, spaltete einen linken Teil ab, der zu den CCOO wechselte. Das Schicksal dieser Gewerkschaft schien besiegelt. Diese Entwicklung verfolgte das Regierungslager mit Interesse, und nachdem die USO von den Linkströmungen „kuriert“ war, half ihr der Staat mit einem großzügigen Kredit aus dem ökonomischen Bankrott.

---

19 Vgl. „El Pais“, Madrid, 14. 10. 1980.

20 Ebd., 31. 10. 1980.

21 Vgl. hierzu die vielen Veröffentlichungen in der spanischen Presse vom Oktober 1980, insbesondere „Interviu“ vom 24. 9. 1980 und „Diario“ Nr. 16 vom 29. 10. 1980.

Die wohlwollenden Zuwendungen von Staatsseite, bisher 210 Millionen Peseten, lösten das Problem<sup>22</sup>. Auf ihrem außerordentlichen Kongreß im September 1980 begriff sich die USO nun als „demokratisch, einheitlich und pluralistisch“. Als „dritte gewerkschaftliche Kraft“<sup>23</sup> trat sie zu den Gewerkschaftswahlen mit dem Slogan an: „Stimm für USO, weil wir frei sind“<sup>24</sup>. Die USO kann sich auch im Gegensatz zu den großen Gewerkschaften aufwendigere Werbekampagnen in Presse und Fernsehen leisten, die zwar mehr an Weißmacherreklame erinnern, aber genau auf den nicht politisch sensibilisierten Teil der spanischen Arbeitnehmer zielen. Der Unternehmerverband unterstützt sie dabei tatkräftig<sup>25</sup>.

#### *Das Kardinalproblem der spanischen Wirtschaft: Arbeitslosigkeit*

In den nächsten fünf Jahren werden in Spanien rund zwei Millionen Arbeitsplätze fehlen<sup>26</sup>. Bei einer ökonomisch aktiven Bevölkerung von 13 Millionen, einer angesichts der Gesamtbevölkerung niedrigen Zahl, kletterten die Arbeitslosenzahlen bis zum Juni 1980 auf 11,7 Prozent. Es wird damit gerechnet, daß diese Zahl bis Ende des Jahres auf 14 Prozent anwachsen wird<sup>27</sup>. In den letzten vier Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit verdoppelt. Ein Drittel der Arbeitslosen sucht zum erstenmal einen Arbeitsplatz; von vier Jugendlichen unter 25 Jahren ist einer arbeitslos. Das bedeutet bei der völlig unzureichenden sozialen Absicherung soziale Verelendung und totale Perspektivlosigkeit. Differenziert man die Situation regional, so zeigt sich z. B. in Andalusien, daß von 319 000 Arbeitslosen 56 Prozent (!) jünger sind als 25 Jahre<sup>28</sup>. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen trotz der extrem hohen Abwanderungsrate in den ländlichen Provinzen ständig ansteigen. In Zukunft wird sich dieses Problem weiter verschärfen, wenn nicht die traditionellen Besitzverhältnisse in den ländlichen Provinzen verändert werden. Einem breiten Teil der Bevölkerung könnten durch Kooperativen und neue Produktionsmethoden neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet werden, zumal Spanien einen nicht unwesentlichen Teil seiner Lebensmittel einführen muß.

Die Regierungsprogramme für die beiden kommenden Jahre kalkulieren die bestehende Arbeitslosigkeit ein, weisen aber nur unwesentliche Ansätze auf, die geeignet wären, eine weitere Verschärfung der Beschäftigungssituation konstruktiv

22 „Diario“ Nr. 16, 29. 10. 1980.

23 Vgl. M. Zaguirre, Generalsekretär der USO in: *Transicion*, Barcelona, 13. Jg., Nr. 17, Feb. 1980.

24 Vgl. „El Pais“, 15. 10. 1980.

25 Vgl. „Diario“ Nr. 16, 3. 11. 1980.

26 Vgl. Polido, S. 541 f.

27 Nach: „El Pais“, 5.6.1980. Die folgenden Daten gehen von offiziellen Veröffentlichungen des Ministeriums aus. Die Insuffizienz der spanischen Datenerfassung muß dabei immer beachtet werden, so daß alle empirischen Werte nur Näherungswerte sind, die real weit höher liegen. Daten über die Rückkehr von Arbeitsemigranten in: San Jose, a.a.O., 1978, S. 224 f.

28 Vgl. Studie: „El Paro en Andalucia“ mit einer umfassenden Analyse der Situation dieses Landes, Madrid 1979, Fundacion Friedrich Ebert. Weitergehend: Marcos, Giraldez, Perez Infante: *El Paro y la Politica de Empleo de UCD* in: *Transicion*, Barcelona 1980, S. 46.

zu bekämpfen<sup>29</sup>. Doch auch die Gewerkschaften stellt diese Situation vor schwierige Aufgaben.

### *Gewerkschaftliche Forderungen zur Krisenüberwindung*

Die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens in den 80er Jahren muß einer nach innen gerichteten Logik folgen, verbunden mit dem Ausbau der individuellen Reproduktion der spanischen Arbeitnehmer<sup>30</sup>. Bei vielen ökonomischen Sektoren ist dies nur durch eine tiefgreifende Reform der gesellschaftlichen Produktion und eine verstärkte Staatsintervention erreichbar. Die Deckung des Finanzierungsdefizites im spanischen Haushalt bedarf der Mobilisierung des Steueraufkommens, dem sich die bestverdienenden Schichten der Gesellschaft bisher weitgehend entziehen konnten. Die Notwendigkeit einer progressiven Einkommensbesteuerung zur Verteilung der Gesamtlast steht außer Frage. Das bisherige Steuersystem basiert zu 60 Prozent auf einer indirekten Konsumsteuer. Im wesentlichen werden also die spanischen Arbeitnehmer zur Kasse gebeten. Die parasitären Machtstrukturen in der Staatsverwaltung müssen durch die Etablierung einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung über die Ausgaben reformiert werden und durch die Einführung einer sozialen Absicherung, einer Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Wie weit diese Umstrukturierung gehen wird, hängt ab von den sozialen Kräften, die sie tragen.

Gerade die arbeitsintensiven Branchen dürfen nicht weiter abgebaut werden, sondern müssen durch Förderung neue Entwicklungschancen auf dem nationalen Markt erhalten. In der Landwirtschaft bestehen ausreichend Möglichkeiten, die derzeitigen Agrarimporte durch neue Produktionsstrukturen einzuschränken, womit einem Drittel der spanischen Bevölkerung wiederum neue Perspektiven eröffnet werden könnten. Auf den regionalen Bereich übertragen bedeutet dies Dezentralisierung der Staatsausgaben und Stärkung der autonomen Selbstverwaltung einzelner Länder und Regionen.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wird es notwendig sein, die Schulpflicht um mindestens zwei Jahre zu erweitern und das Rentenalter zu senken. Dies würde die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit senken. Subventionen, Ausweitung von Ausbildungsplätzen und Arbeitsbeschaffung sind dringend erforderlich. Von den bisher eingeleiteten staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beziehen sich 90 Prozent auf das niedrigste Dienstleistungsniveau und vermitteln keinerlei Qualifikation.

---

29 Quelle: Anuario Economico, Madrid 1977, S. 20.

30 Folgende Ausführungen sind eine Zusammenfassung von Äußerungen der Gewerkschaften in spanischen Zeitschriften, Tageszeitungen und Dokumenten. Verwendete Zeitschriften: El Pais, El lunes economico, Diario 16, Cambio 16, Ya, El Socialista, Mundo Obrero (alle Madrid); Periodika: Transicion, Barcelona; Viejo Topo, Barcelona. Vgl. ferner: Comision de Propaganda del PCE, Nr. 19, Los comunistas en el Movimiento Obrero, Madrid 1980.

Eine so tiefgreifende Umstrukturierung der spanischen Gesellschaft ist aber nur dann möglich, wenn ein Konsensus über ein Minimalprogramm erreicht werden kann, das nicht nur die Zustimmung des linken Lagers findet. Die Politik der UCD und des Unternehmervverbandes stehen bisher perspektivlos vor diesen Notwendigkeiten. Sie konzentrieren sich auf den Kampf gegen die Inflation über eine Reduzierung der Löhne, wobei die Arbeitslosigkeit als Druckmittel benutzt wird.

Zwar sieht die Programmklärung der Regierung für 1981 Wachstumsraten von 4 bis 5 Prozent vor, die aber im Gesamtrahmen und vor den geplanten Strukturveränderungen wohl eine Illusion sind. Das neue Staatsbudget kalkuliert einen Anstieg der Arbeitslosigkeit gleich mit ein. Es werden große Investitionen durch den öffentlichen Sektor geplant. Das Sanierungsprogramm des INI für das asturische Stahlunternehmen Ensidesa soll z. B. neben einem Staatskredit und jahrelanger staatlicher Planungsschlamperie im wesentlichen auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden: Für 1981 ist ein Einfrieren der Löhne, für 1982 und 1983 eine „Anhebung“ von 3 bis 4 Prozent geplant<sup>31</sup>. Was dies bei einer Inflationsrate von 15 Prozent bedeutet, ist leicht durchschaubar.

Schwerpunkte des Investitionsprogrammes liegen auf dem Energiesektor: Ausbau von Kohle- und insbesondere Atomkraftwerken. Erklärtes Ziel dabei ist eine größere Unabhängigkeit von den Ölmultis. Bei einer sektoralen Analyse zeigt sich jedoch, daß insbesondere der spanische Uranförderungsbereich schon in Händen der „Chevron Resources“ und der „Exxon Mineral“, also den Multis, liegt. Der spanische Wirtschaftsminister glaubt ferner daran, daß insbesondere in der Unterhaltungselektronik große Chancen liegen<sup>32</sup>. Wer das Angebot durch die asiatischen Länder kennt und deren Know-how, plazierte solche Aussagen besser in die Glossekolumne. Ein besonders heikles Thema ist die Sanierung des Automobilunternehmens SEAT, des größten spanischen Arbeitgebers. Die INI ist, nachdem sich Fiat weigerte, eine Kapitalerhöhung vorzunehmen, nun mit 56 Prozent Hauptteilhaber. Hier stellt sich der Wirtschaftsminister eine Sanierung durch japanische Konzerne vor, die dadurch direkt in Europa produzieren könnten. Das würde jedoch Massenentlassungen (ca. 18 000) zur Folge haben<sup>33</sup>.

#### *Die Gewerkschaftswahlen 1980*

Vor diesem kurz umrissenen Hintergrund kommt einer starken Gewerkschaftsbewegung eine führende Bedeutung zu. Die Krise erschwert den notwendigen Demokratisierungsprozeß außerordentlich, und die Gewerkschaften müssen an diesen Verhältnissen ihre Gesamtstrategie orientieren. Die Gewerkschaftswahlen von 1978 wurden von der UGT und den CCOO mit unterschiedlichen Programmen geführt. Heute zeichnet sich zumindest verbal eine Annäherung der Positionen ab.

---

31 Vgl. S. Dias, 9. 10. 1980.

32 Vgl. Interview mit dem spanischen Arbeitsminister, „El Pais“, 2. 11. 1980.

33 Vgl. „El Pais“, 30. 10. 1980.

Die großen Wahlerfolge der UGT haben die CCOO bewogen, ihr taktisches Vorgehen flexibler zu gestalten. Die im Oktober 1980 offiziell begonnenen Gewerkschaftswahlen, denen regional schon einzelne Abstimmungen vorausgegangen waren, werden in 175 000 Betrieben durchgeführt. 6 Millionen Arbeitnehmer sind stimmberechtigt. 90 Prozent arbeiten in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten<sup>34</sup>. Ziel der UGT ist es, in allen Betrieben gewerkschaftlich aktiv arbeiten zu können.

Die USO versucht - wohl vergeblich - in diesen Wahlen 10 Prozent der abgegebenen Stimmen zu erhalten, um an allen Lohnverhandlungen beteiligt zu werden. Die bisher vorliegenden Ergebnisse bestätigen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen UGT und CCOO, was für die UGT ein außerordentlicher Erfolg wäre. Für die Entwicklung der spanischen Gewerkschaftsbewegung und die Auseinandersetzung der Arbeiterbewegung mit der zukünftigen Wirtschaftspolitik ist der Ausgang dieser Gewerkschaftswahlen für die 80er Jahre richtungweisend.

---

<sup>34</sup> Vgl. UGT Informa, 11/1980.